

Klimapolitik setzt Wissenschaft unter Druck

Von Hans von Storch

Heute trifft das Kyoto Protokoll in Kraft. Nach zähen Verhandlungen ist das grosse Werk vollbracht – völkerrechtlich verbindliche Verpflichtungen sollen den vom Menschen verursachten Klimawandel verhindern. Das umweltpolitisch fortschrittliche Europa feiert, die USA nimmt es zur Kenntnis und der Rest der Welt schaut zu. Halten wir bei dieser Gelegenheit ein: Welchen Wert hat der Kyoto-Vertrag und wie hoch ist der Preis für den politischen Erfolg?

Absicht des Protokolls ist es, den erwarteten Emissionsanstieg der Treibhausgase, hauptsächlich CO₂, zu reduzieren, um für den Menschen „gefährliche“ Klimaänderungen zu vermeiden. Dieses Ziel erreichen wir mit dem Protokoll nicht. Dafür reichen die vorgeschriebenen Reduktionsverpflichtungen bei weitem nicht aus. In dieser Hinsicht ist der Vertrag belanglos.

Entscheidend ist der symbolische Charakter des Protokolls: Die Weltgemeinschaft anerkennt die Verantwortung für das Gemeingut Klima; sie anerkennt, dass die Atmosphäre kein Gratis-Müllplatz für menschlichen Abfall ist. Die Wende bringt der Klimavertrag trotzdem nicht, doch er ist ein Weg dorthin. Eine wirksame Klimapolitik kann aber nur entstehen, wenn weltweit die steigenden Treibhausgas-Emissionen durch wirklich wirksame Auflagen drastisch sinken. Ohne die USA, die nicht erst mit Beginn der Ära Bush dem Protokoll die kalte Schulter zeigt, geht es dabei nicht.

Dieser politische Erfolg hat einen Preis. Erstens hat die Politik die Klimaforschung zu ihrem Instrument gemacht. Zweitens lenkt der starke Fokus auf den menschengemachten Klimawandel davon ab, wie verletzlich der Mensch gegenüber gegenwärtigen Naturgefahren ist, und wie wichtig andere Probleme sind.

So sprechen Forscher in der Öffentlichkeit missverständlich über wissenschaftliche Grundlagen, um die Akzeptanz des Kyoto-Protokolls zu erhöhen. Namhafte Klimaforscher erwecken den Eindruck, es gebe keine wesentlichen wissenschaftlichen Erklärungsbedarfe mehr. Mit einer drastischen Reduktion der CO₂-Emissionen, was auch immer sie kostet, sei es getan. Es ist heute durchaus üblich, den vom Mensch verursachten Klimawandel für jegliche extremen Wetterereignisse, sprich Hochwasser, Dürre oder Wirbelstürme verantwortlich zu machen. Dafür gibt es aber keine wissenschaftlich überzeugenden Grundlagen, abgesehen von der Intensität von Hitzewellen. Trotzdem suggerierten Klimaforscher - sicher mit guten Absichten - die Elbeflut

2003 sei Mensch gemacht, ebenso der verheerende Wirbelsturm Mitch in Mittelamerika.

Doch seit Mitte der 1990-er Jahre ist wissenschaftlich „nur“ belegt: Die Temperaturen der Nordhemisphäre sind in den letzten Jahrzehnten stärker angewachsen als es aufgrund rein natürlicher Vorgänge zu erwarten ist. Dieses Ergebnis ist in den letzten Jahren immer wieder bestätigt worden. Zudem passt dieses Erwärmungsphänomen zu den heute guten Schätzungen der Klimamodelle bis zum Ende des 21. Jahrhunderts.

Manche Klimaforscher übertreiben im Einzelfall zwar nur schwach, das heisst sie spitzen zu, um eine nachhaltige Klimapolitik voranzutreiben. Das ist keine wissenschaftliche Praxis aber vielleicht von der Öffentlichkeit tolerierbar. Aber in der Summe dieser Einzelfälle entsteht das schiefe Bild der grossen allgegenwärtigen Katastrophe mit kippenden Ozeanströmungen, zusammenbrechenden Ökosystemen, lebensfeindlichen Temperaturen und tropischen Krankheiten bis in die mittleren Breiten.

Auch der hoch angesehene Uno-Klimawissenschaftsrat (Intergovernmental Panel of Climate Change IPCC) leidet zunehmend unter der Last des politischen Drucks. Mehrere Leitautoren des IPCC sind für dramatisierende Aussagen bekannt. Sie ruinieren so das Renommee dieses Wissenschaftsrates. Da ist Wissenschaft nicht mehr der Prozess, der neue unerwartete Einsichten verarbeitet, sondern ein Reparaturbetrieb politisch opportuner Wissensansprüche. Ein Physiker der renommierten Universität Stanford schrieb kürzlich: „Die Klimaforschung verliert ihre Glaubwürdigkeit, eine seriöse Wissenschaft zu sein. Praktisch alle meine Physiker-Kollegen sind sich einig, dass dieses Feld derart politisiert ist, dass man nicht mehr weiss, was man glauben soll.“ Dies trifft insbesondere auf Länder wie Deutschland, die USA und Grossbritannien zu, weniger allerdings für die Schweiz. Hier scheint ein solideres akademisches Milieu vorzuherrschen.

Die Dominanz des Klimawandels in der Themenagenda der Umweltpolitik verdrängt akute Probleme aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit: die zehntausenden Menschen, die täglich an Hunger sterben; die erschütternde Armut in den Entwicklungsländern; die erneute Ausbreitung von Malaria; das Übersehen der Tsunami-Gefahr im Indischen und anderen Ozeanen – und nicht zuletzt die aktuellen Klimagefahren durch seltene aber normale Umweltkatastrophen wie der Wirbelsturm Mitch oder die Elbeflut.

Trotz dieses hohen Preises ist das Kyoto Protokoll ein Schritt in die richtige Richtung. Nur müssen wir versuchen, künftig in einer nachhaltigen Weise weiterzugehen. Das heisst: Es braucht eine von der Politik unabhängige,

glaubwürdige Klimaforschung. Und der Blick auf *alle* sozialen und ökonomischen Missstände dieser Welt muss wieder geschärft werden.